



Highlights

EWSA Stellungnahmen

Übersicht März 2015

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zur Plenartagung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses im März findet ihr Stellungnahmen u.a. zu folgenden Themen:

- **Beschäftigungsinitiative für junge Menschen**
- **Investitionsoffensive für Europa**
- **Wirtschaftspolitische Steuerung (Economic Governance)**

Darüber hinaus darf ich euch hier über die personellen Weichenstellungen informieren, die wir in der Gruppe der Arbeitnehmer/innen im EWSA im Februar vorgenommen haben.

Für Rückfragen stehe ich euch gerne zur Verfügung.
Gabriele Bischoff



Gabriele Bischoff
(u. Stefan Belabed)
DGB Bundesvorstand
Beauftragte für EGB, EWSA und EU-Reform
Tel.: +49/30/2 40 60 - 641
Fax: +49/30/2 40 60 - 408
mailto: Gabriele.Bischoff@dgb.de

Verzeichnis der Stellungnahmen in dieser Ausgabe

1. Beschäftigungsinitiative für junge Menschen – Vorschuss..... S. 3

Mittels einer weitgehenden Aufstockung der Vorschüsse der Mittel für die Jugendbeschäftigungsinitiative (YEI) sollen rasch bessere Ergebnisse erzielt werden. Der EWSA begrüßt diesen Schritt und fordert eine starke Einbindung der Sozialpartner.

2. Eine Investitionsoffensive für Europa..... S. 5

Der EWSA begrüßt die Investitionsoffensive der Europ. Kommission, sieht aber Defizite und Risiken hinsichtlich Umfang, Zeitplan und Effektivität des Plans. Insbesondere betont er die Notwendigkeit langfristiger, öffentlicher Investitionen.

3. Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung..... S. 7

Die Europ. Kommission zieht Bilanz über die Verordnungen von „Sixpack“ und „Twopack“. Die Ergebnisse zeigen nach Ansicht des EWSA erheblichen Verbesserungsbedarf der wirtschaftspolitischen Koordinierung der EU, u.a. was einen stärkeren Fokus auf die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze betrifft.

4. Eigenständige Investitionsabkommen der EU mit Drittstaaten..... S.9

Analog zum Freihandel spricht sich der EWSA auch für die Einbindung der Vertreter der Zivilgesellschaft in die Verhandlungen zu Investitionsabkommen der EU aus. Zudem betont er die Bedeutung von Umweltschutz sowie Bekämpfung des Klimawandels und die Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen in diesen Abkommen.

5. Europäische Zusammenarbeit im Bereich der Energienetze..... S.11

In den kommenden Jahren wird der Ausbau europäischer Energienetze eine bedeutende Rolle bei der Ankurbelung des Wirtschaftswachstums spielen können. Der EWSA geht in seiner Stellungnahme der Frage nach, wie diese Netze im Sinne der Bürger/innen und Unternehmen bestmöglich genutzt werden können. Dabei plädiert er u.a. für einen engen Austausch von Zivilgesellschaft und Gebietskörperschaften.

1. Beschäftigungsinitiative für junge Menschen - Vorschuss

Berichterstatter: Pavel TRANTINA (Gruppe III– CZ)

Zusammenfassung des Kommissionsdokuments:

In dem Vorschlag ist im Rahmen der spezifischen Budgetzuteilung für die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen für 2015 eine Erhöhung der YEI-Vorfinanzierungsquote von 1-1,5 Prozent auf bis zu 30 Prozent vorgesehen. Mitgliedstaaten, die von dieser Initiative profitieren, könnten demnach ein Drittel der Mittelzuweisung in Höhe von 3,2 Mrd. EUR sofort nach Genehmigung der betreffenden operationellen Programme erhalten. Die Mitgliedstaaten wiederum sollten diese Mittel unverzüglich den Projektbegünstigten zur Verfügung stellen, und zwar als Projektvorschuss. Dies wird streng überwacht.

Die Kommission geht davon aus, dass aufgrund der beschleunigten Vorfinanzierung die sofortigen Unterstützungsmaßnahmen rascher anlaufen und dieses Jahr zwischen 350 000 und 650 000 junge Menschen erreicht werden könnten; im Rahmen der aktuellen Vorfinanzierungsquote könnten nur 14 000–22 000 junge Menschen unterstützt werden.

Zusammenfassung der Stellungnahme:

Der EWSA:

- begrüßt das Vorhaben der Europ. Kommission, den ersten Vorschuss für die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen deutlich zu erhöhen;
- stimmt mit der Kommission darin überein, dass die Verordnung über den Europäischen Sozialfonds gemäß dem vorgelegten Vorschlag geändert werden muss;
- ist überzeugt, dass diese Initiative die Mitgliedstaaten dazu veranlassen dürfte, der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in ihren nationalen Haushalten Priorität einzuräumen. Bürokratische Verfahren dürfen weder die wirksame Bereitstellung der für die YEI vorgesehenen sechs Milliarden Euro verhindern noch etwaige andere Initiativen zur wirkungsvollen Bekämpfung der aktuellen Jugendarbeitslosigkeit verzögern;
- sieht in der YEI die Chance, in den Mitgliedstaaten künftig neue Wege im Arbeitsbereich zu beschreiten – die öffentlichen Arbeitsverwaltungen müssen proaktiver handeln, es müssen stärkere Synergien zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung und den Akteuren des Arbeitsmarkts geschaffen werden und junge Menschen müssen angemessen und zeitnah über ihre Rechte und Möglichkeiten informiert werden;
- spricht sich nachdrücklich dafür aus, die organisierte Zivilgesellschaft in die Konzipierung und Überwachung der nationalen YEI-Programme einzubinden;
- ist der festen Überzeugung, dass die Einbeziehung der Sozialpartner die Zustimmung brei-

- ter Teile der Bevölkerung und damit den sozialen Frieden sichert¹;
- fordert die Europäische Kommission auf, die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der YEI und insbesondere der Jugendgarantie aufmerksam zu beobachten. Dabei sollte sie sich nicht nur auf eine quantitative Analyse, sondern auch auf stärker auf Qualität ausgerichtete Indikatoren stützen.

Zur Stellungnahme geht es [hier](#)

1

[ABl. C 424 vom 26.11.2014, S. 1-8.](#)

2. Eine Investitionsoffensive für Europa

Berichterstatter: Michael SMYTH (Gruppe III – UK)

Zusammenfassung des Kommissionsdokuments:

Die Europäische Kommission hat eine Investitionsoffensive mit einem Volumen von 315 Mrd. EUR angekündigt, um das Wachstum in Europa wieder anzukurbeln und mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Die Investitionsoffensive beruht auf drei Komponenten:

- Einrichtung eines mit öffentlichen Mitteln garantierten neuen Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI), um in den kommenden drei Jahren (2015–2017) zusätzliche Investitionen in Höhe von mindestens 315 Mrd. EUR zu mobilisieren;
- Schaffung einer glaubwürdigen Projekt-Pipeline in Verbindung mit technischer Hilfe, damit die Investitionen dorthin fließen, wo sie am dringendsten benötigt werden;
- Aufstellung eines ehrgeizigen Zeitplans, um Europa für Investitionen attraktiver zu machen und regulatorische Engpässe zu beseitigen.

Die Kommission legte dem Europäischen Rat auf seiner Tagung vom 18./19. Dezember 2014 nahe, die Initiative in all ihren Komponenten zu billigen. Sie forderte das Europäische Parlament und den Rat als EU-Gesetzgeber auf, die einschlägigen Rechtsvorschriften rasch anzunehmen um zu gewährleisten, dass der Europäische Fonds für strategische Investitionen bis Juni 2015 einsatzbereit ist und die anderen Komponenten der Initiative rasch realisiert werden. Regelmäßige Bestandsaufnahmen im Europäischen Parlament, bei den Treffen der Staats- und Regierungschefs, in den einschlägigen Ratsformationen und zusammen mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen sollten den notwendigen politischen Rückhalt sicherstellen, damit diese Initiative Ergebnisse zeitigt.

Zusammenfassung der Stellungnahme:

Der EWSA begrüßt die Investitionsoffensive für Europa und würdigt die Akzentverschiebung weg von Sparmaßnahmen und Haushaltskonsolidierung. Die Kommission anerkennt nun, dass es eine Investitionslücke und eine mangelnde Gesamtnachfrage gibt und dass der Finanzsektor immer noch keinen wichtigen Beitrag zur Wiederankurbelung der Wirtschaft leisten kann.

Die Investitionsoffensive ist ein Schritt in die richtige Richtung. Gleichwohl stellen sich einige ernsthafte Bedenken in Bezug auf: seinen Umfang angesichts des enormen Investitionsbedarfs in Europa, die Höhe der erwarteten Hebelwirkung, den potenziellen Fluss geeigneter Investitionsprojekte und den Zeitplan der Offensive.

Es ist unsicher, ob eine Pipeline für Projekte entwickelt werden kann, die für institutionelle Anleger attraktive Renditen bieten können. Der EWSA ist der Auffassung, dass öffentliche Investi-

tionen in zahlreichen Projektkategorien für ein besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis für die derzeitigen und künftigen Steuerzahler sorgen können. Deshalb ist zu befürchten, dass das Bestreben, private Anleger einzubeziehen, zu suboptimalen Ergebnissen der Investitionsoffensive führen könnte.

Erfreulicherweise wird vorgeschlagen, die Beiträge der Mitgliedstaaten zum Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) bei der Berechnung des Haushaltsdefizits auszuklammern. Allerdings stellt sich die Frage, warum laufende öffentliche Infrastrukturausgaben nicht auf die gleiche Art behandelt werden.

Nach Auffassung des EWSA ist es an der Zeit zu erkennen, dass Europa ein nachhaltiges Investitionsprogramm benötigt, um wieder zu Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand zu gelangen. Strategische öffentliche Investitionen, wie sie in der Offensive anvisiert werden und die der derzeitigen und künftigen wirtschaftlichen Entwicklung zuträglich sind, sollten durch einen vorteilhafteren europäischen fiskalpolitischen Rahmen gefördert werden.

Zur Stellungnahme geht es [hier](#)

3. Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung

Berichterstatter: David CROUGHAN (Gruppe I – IE)
Carmelo CEDRONE (Gruppe II – IT)

Zusammenfassung des Kommissionsdokuments:

Am 28. November 2014 veröffentlichte die Kommission eine Überprüfung von sieben Verordnungen, die Bestandteil des "Sixpack" bzw. des "Twopack" sind. Mit der Überprüfung soll bewertet werden, inwieweit das Ziel einer engeren wirtschaftspolitischen Koordinierung durch die neuen Vorschriften erreicht werden konnte.

Wegen der begrenzten Zeitspanne seit dem Inkrafttreten sind die praktischen Erfahrungen mit dem neuen System der wirtschaftspolitischen Steuerung noch begrenzt, und einige Einzelinstrumente wurden überhaupt noch nicht getestet. Zudem kam das System bisher nur in (der Zeit unmittelbar nach) einer schweren Finanz- und Wirtschaftskrise zum Einsatz, sodass seine Wirksamkeit unter günstigeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kaum beurteilt werden kann.

Auch wenn der Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung in der EU durch die Verordnungen gestärkt wurde, werden in der Überprüfung Bereiche aufgezeigt, in denen weiterhin Verbesserungsbedarf besteht, insbesondere was die demokratische Legitimität, Transparenz und Komplexität des Regelwerks sowie seine Auswirkungen auf Wachstum, Ungleichgewichte und Konvergenz betrifft. Die Kommission beabsichtigt, diese Aspekte in den kommenden Monaten mit dem Europäischen Parlament, dem Rat und den Sozialpartnern zu erörtern.

Zusammenfassung der Stellungnahme:

Die in Krisenzeiten konzipierten Vorschriften für die wirtschaftspolitische Steuerung der EU spielten eine wichtige Rolle bei der Haushaltskonsolidierung, der wirtschaftspolitischen Koordinierung und - mit der Einführung der Überprüfung der Haushaltsentwürfe - der Förderung der fiskalpolitischen Integration. Gleichwohl waren die Kosten in puncto Wachstum und Beschäftigung hoch, und die Europäische Union liegt aufgrund der unvollständigen wirtschaftspolitischen Steuerung im Vergleich zu den fortgeschrittenen Wirtschaftssystemen bei der Überwindung der Wirtschaftskrise zurück.

Nach Ansicht des EWSA darf die Europäische Zentralbank bei der Bekämpfung der gegenwärtigen Rezession im Euroraum nicht allein gelassen werden. Die nun von der EZB ergriffenen Maßnahmen der quantitativen Lockerung müssen einhergehen mit umfassenderen politischen Initiativen der Mitgliedstaaten, die über die von der Kommission angekündigte Investitionsoffensive für Europa hinausgehen.

Bei der Überprüfung des MFR im Jahr 2016 müssen unbedingt dringende Strukturreformen von gemeinsamem Interesse in der EU - einschließlich der Wiederherstellung des makroökonomischen Gleichgewichts – durch eigenständige Fiskalkapazität wie das im Entwurf vorgeschlagene Instrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit unterstützt werden.

Der EWSA ist darüber besorgt, dass der strukturelle Haushaltssaldo, eine nicht zu beobachtende Variable auf der Grundlage theoretischer und umstrittener Berechnungen potenzieller Produktionslücken, die voraussichtlich wesentliche Änderungen erfahren, eine solche Schlüsselrolle spielt für die vorbeugenden und korrigierenden Komponenten des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit.

Die Kommission sollte nicht nur die Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen überwachen, sondern auch eine Ex-post-Analyse ihrer Empfehlungen mit Blick auf die Steigerung von Produktion und Wachstum und die Zunahme hochwertiger Arbeitsplätzen in den betreffenden Mitgliedstaaten durchführen.

Der EWSA begrüßt den Schwerpunkt auf einer flexiblen Anwendung der Vorschriften des Stabilitäts- und Wachstumspakts, mit der die Kommission bestimmte öffentliche Investitionen bei der Berechnung des Haushaltsdefizits berücksichtigen wird, hält dies aber für eine eingeschränkte und partielle Maßnahme. Jede begründete Abweichung von der 3%-Marke sollte für eine bestimmte Anzahl von Jahren als vorübergehend eingestuft und automatisch von Sanktionen ausgenommen werden.

Das demokratische Defizit nicht gewählter Gremien, die ein gewichtiges Wort bei der Governance haben, birgt die Gefahr eines geringen Verantwortungsgefühls bezüglich der Empfehlungen und einer ablehnenden Haltung gegenüber dem Projekt Europa. Einer mangelnden Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen könnte durch eine echte Einbindung der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner bei der Erarbeitung der länderspezifischen Empfehlungen abgeholfen werden.

Das EP sollt bei der Festlegung der wirtschaftlichen Prioritäten eines jeden Semesters und bei der parlamentarischen Kontrolle der länderspezifischen Empfehlungen eine wichtige Rolle spielen. Das Verfahren des Europäischen Semesters sollte in den Mitgliedstaaten besser bekannt gemacht werden und die Kommission sollte ein besseres Verständnis seitens der Bürger sicherstellen.

Zur Stellungnahme geht es [hier](#)

4. Eigenständige Investitionsabkommen der EU mit Drittstaaten

Berichterstatter: Jonathan PEEL (Gruppe I – UK)

Hintergrund der Initiativstellungnahme:

Infolge des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon im Dezember 2009 wurden internationale Investitionen als neuer Zuständigkeitsbereich der EU fester Bestandteil der jüngst von ihr ausverhandelten Handelsabkommen. Die neuesten umfassenden Freihandelsabkommen enthalten Bestimmungen zum Marktzugang und zum Investitionsschutz. Darüber hinaus hat die EU Verhandlungen zu ersten eigenständigen Investitionsabkommen aufgenommen - im November 2013 mit China und im März 2014 mit Myanmar/Birma. Die EU könnte Verhandlungen über Investitionsabkommen mit weiteren Staaten ins Auge fassen, insbesondere in Fällen, in denen Verhandlungen über ein modernes umfassendes Freihandelsabkommen keine Alternative darstellen.

Zusammenfassung der Stellungnahme:

In der Stellungnahme des EWSA geht es um eigenständige Investitionsabkommen der EU mit Drittländern wie z.B. China und Myanmar/Birma, mit einem besonderen Schwerpunkt auf den Aspekten nachhaltige Entwicklung und Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Der EWSA trägt damit zu der laufenden Debatte über den Inhalt und die angestrebten Ziele der Kapitel zur nachhaltigen Entwicklung in eigenständigen Investitionsabkommen der EU bei und befürwortet die Einbindung der Zivilgesellschaft in die Verhandlungen und die Umsetzung, auch mithilfe bereits bestehender Dialogmechanismen.

Die Stellungnahme baut auf früheren Arbeiten des EWSA zu diesem Thema, insbesondere zu Handelsabkommen und zur Investitionspolitik, auf, sowie auf Erfahrungen mit der Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Überwachungsverfahren, die in den Kapiteln zu Handel und nachhaltiger Entwicklung der jüngst verhandelten und umgesetzten Freihandelsabkommen eingeführt wurden.

Auf dieser Grundlage erachtet es der Ausschuss als wesentlich, dass auch in die eigenständigen Investitionsabkommen, ähnlich wie in die vor Kurzem ausgehandelten Handels- oder Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, ein Kapitel über nachhaltige Entwicklung mit einem geeigneten Mechanismus für die Einbeziehung der Zivilgesellschaft aufgenommen wird.

Der Ausschuss bekräftigt seine generelle Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung und legt in diesem Kontext noch besonderes Augenmerk auf Umweltschutz, Bekämpfung des Klimawandels, Förderung von menschenwürdiger Arbeit, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz und allgemein die Einhaltung der Kernübereinkommen der Internationalen Arbeitsorgani-

sation (ILO) und der grundlegenden Umweltübereinkommen. Nach Meinung des Ausschusses ist es nun ebenfalls an der Zeit, auf die reale Umsetzung im Rahmen von Investitionsabkommen im Wege gemeinsamer Bemühungen zum Kapazitätenaufbau im Bereich Humanressourcen und Technologietransfer zu drängen.

Ferner muss in jedem von der EU ausgehandelten Investitionsabkommen eine umfassende Synergie mit den Arbeiten der offenen Arbeitsgruppe (Open Working Group, OWG) zur Festlegung der insgesamt 17 Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDG), mit den Vorbereitungen der Vertragsstaatenkonferenz (COP 21) der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) in Paris sowie den aktuellen plurilateralen Verhandlungen zur Abschaffung der Einfuhrzölle auf Umweltgüter sichergestellt werden.

Der Ausschuss empfiehlt ferner, dass in allen Investitionsabkommen auch auf die soziale Verantwortung von Unternehmen (CSR) sowie sozial verantwortliches Investieren eingegangen wird. Zudem ist es in diesem Zusammenhang wichtig, dass beide Verhandlungsparteien übergeordnete internationale Leitlinien gegenseitig voll umfänglich anerkennen. Dazu gehören die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen sowie die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, die in der Umsetzung begriffen sind. Nach Meinung des Ausschusses sollten Maßnahmen auf EU- oder globaler Ebene diese Leitlinien nicht untergraben.

Unter Verweis auf die laufenden und zukünftigen Verhandlungen über den Abschluss von Investitionsabkommen empfiehlt der Ausschuss nachdrücklich, dass die Kommission besonders auf die Unterstützung von KMU und Fachbetrieben in Investitions- und anderen Fragen achten sollte, denn sie fördern Innovationen, was für die Sicherstellung und Weiterentwicklung von Nachhaltigkeit besonders wichtig ist, machen 99% des wirtschaftlichen Gefüges der EU aus und stellen 70-80% der Arbeitsplätze.

Der Ausschuss nimmt die veränderten Rahmenbedingungen und Voraussetzungen, unter denen Handels- und Investitionsbeziehungen entwickelt werden, zur Kenntnis, so auch die Rolle des Internets und der globalen Produktions- und Lieferketten.

Zur Stellungnahme geht es [hier](#)

5. Europäische Zusammenarbeit im Bereich der Energienetze

Berichtersteller: Pierre-Jean COULON (Gruppe II – FR)

Hintergrund der Initiativstellungnahme:

In den kommenden Jahren wird die Entwicklung der Energienetze in vielerlei Hinsicht eine zentrale – wenn nicht gar existenzielle – Frage für Europa sein. Ihr Ausbau und ihre Stärkung sind zunächst einmal eine unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende und die Gewährleistung der Versorgungssicherheit für die Verbraucher. Für den entsprechenden Schwung bedarf es Hunderter Milliarden Euro an Investitionen.

Somit sind die Netze ein wirkungsvolles Instrument zur Wiederankurbelung des Wirtschaftswachstums und zur Schaffung von Beschäftigung und Arbeitsplätzen – umso mehr, als diese Investitionen mit der Herausbildung intelligenter Netze einhergehen werden, die ein umfangreicher zukünftiger Markt zu sein scheinen. Es geht also auch um die Entwicklung von Schlüsselbranchen für Innovation und die europäische Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der weltweiten Konkurrenz.

Jedoch stellt sich durch den Umfang dieser Investitionen eine doppelte Frage:

- Wie können die benötigten Mittel mobilisiert werden?
- Wie lassen sich die Auswirkungen auf die Energiekosten der Haushalte und Unternehmen möglichst gering halten?

Für die Beantwortung dieser Frage erscheint die europäische Zusammenarbeit als Notwendigkeit, um die Anstrengungen zu bündeln, die aussichtsreichsten Vorhaben zu ermitteln, Größenvorteile zu erzielen und schlussendlich für neuen Schwung für die europäische Integration zu sorgen. Genau hierin besteht eines der Ziele der von Jean-Claude Juncker vorgeschlagenen Energieunion, die von einem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission gesteuert werden soll. Dieser Vorschlag für eine Initiativstellungnahme ist daher in zweifacher Hinsicht aktuell: Er leistet einen Beitrag zu einem der großen Vorhaben der Europäischen Union für die kommenden fünf Jahre und bringt gleichzeitig zwei vorrangige Themen der Fachgruppe TEN voran, nämlich die europäische Energiegemeinschaft und den europäischen Energiedialog, die mit Blick auf die Energiewende eine Förderung der Zusammenarbeit bezwecken, um die Kosten zu senken, die Effizienz zu steigern und die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger besser zu erfüllen.

Zusammenfassung der Stellungnahme:

Der EWSA

- ist der Meinung, dass eine verstärkte europäische Zusammenarbeit im Bereich der Energienet-

ze für Bürger und Unternehmen von wesentlicher Bedeutung ist.

- unterstreicht die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft und der Gebietskörperschaften bei der Energiewende, da nur durch sie Effizienz, Preiskontrolle und Bekämpfung des Klimawandels gewährleistet werden können.
- schlägt die Einrichtung von Plattformen für den Austausch zwischen den Vertretern der Gebietskörperschaften und der Zivilgesellschaft auf gemeinsame Initiative des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen vor, in die die Wirtschafts- und Sozialräte und vergleichbaren Einrichtungen der Mitgliedstaaten eingebunden sind.
- begrüßt den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Einrichtung eines Energieinfrastruktur-Forums, den diese in ihrer Mitteilung zur Energieunion unterbreitet hat. Die Zivilgesellschaft sollte umfassend an diesem Forum beteiligt sein mit Blick auf die systematische Erfassung von Erfahrungen und die Ermittlung bewährter lokaler Verfahren, die Förderung von Überlegungen über lokale Vorschriften und die Ausrichtung der Finanzierung auf wirksame Lösungen sowie die Förderung von Akzeptanz und Engagement in Verbindung mit den großen energiepolitischen Fragen.
- schlägt die Auflage eines europäischen Energie-Sparbuchs vor. Jeder Bürger soll ein derartiges Sparbuch eröffnen und dabei von einer knapp über der jährlichen Inflationsrate in der EU liegenden Verzinsung profitieren können. Mit dem angelegten Geld würden – in Ergänzung der öffentlichen oder privaten (Unternehmens-)Mittel – ausschließlich europäische Energieprojekte finanziert.

Zur Stellungnahme geht es [hier](#)